

Beteiligentransparenzdokumentation

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/5032)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 29. April 2022

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesme- diengesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Durch die Bestimmungen des Thüringer Landesmediengesetzes in § 10 Abs. 1 Satz 3 sind die Möglichkeiten einer nichtprogrammlichen Zusammenarbeit von in Thüringen zugelassenen privaten Hörfunkveranstaltern eng begrenzt. Vor dem Hintergrund der sich gerade auch durch die Konvergenz der Medienlandschaft ergebenden Veränderungen im Bereich der Arbeits- und Handlungsfelder des Privathörfunks ist es jedoch angezeigt, den in Thüringen ansässigen Vollprogrammen erweiterte Möglichkeiten einer nichtredaktionellen Zusammenarbeit zu schaffen. Ausgangspunkt ist und bleibt bei dieser Liberalisierung die vollständige Trennung der redaktionellen Bereiche.

In nichtredaktionellen Bereichen sollen jedoch erweiterte Kooperationsfelder über die bisher mögliche Zusammenarbeit im Bereich des Gebäude- und Veranstaltungsmanagements sowie bei Technikdienstleistungen hinaus geschaffen werden.

B. Lösung

Novellierung des Thüringer Landesmediengesetzes durch den vorliegenden Gesetzentwurf.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

1. Für das Land und die Kommunen:

Für das Land und die Kommunen entstehen keine Kosten.

2. Finanzielle Auswirkungen für Bürger und Wirtschaft:

Für Bürger und Wirtschaft entstehen keine Kosten. Es ist davon auszugehen, dass die Realisierung des Gesetzentwurfs bei den betroffenen privaten Hörfunkveranstaltern zu Synergiegewinnen führen wird.

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 10 Abs. 1 Satz 3 des Thüringer Landesmediengesetzes vom 15. Juli 2014 (GVBl. S. 385), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. Juli 2020 (GVBl. S. 369) geändert worden ist, erhält folgende Fassung:

"Abweichend von Satz 1 ist die nichtredaktionelle Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern zulässig."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Mit dem Beschluss des vorliegenden Gesetzentwurfs erfolgt eine Liberalisierung der Vorschriften des Thüringer Landesmediengesetzes über die mögliche Zusammenarbeit von privaten Hörfunkveranstaltern.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1**

Vor dem Hintergrund der sich gerade auch durch die Konvergenz der Medienlandschaft ergebenden Veränderungen im Bereich der Arbeits- und Handlungsfelder des Privathörfunks ist es angezeigt, den in Thüringen ansässigen Vollprogrammen erweiterte Möglichkeiten einer nichtredaktionellen Zusammenarbeit zu schaffen. Ausgangspunkt ist und bleibt bei dieser Liberalisierung die vollständige Trennung der redaktionellen Bereiche. In nichtredaktionellen Bereichen sollen jedoch erweiterte Kooperationsfelder über die bisher mögliche Zusammenarbeit im Bereich des Gebäude- und Veranstaltungsmanagements sowie bei Technikdienstleistungen hinaus geschaffen werden. Eine dieser Norm entsprechende Zusammenarbeit bedarf der Unbedenklichkeitsbestätigung durch die Landesmedienanstalt (§ 14 Abs. 2 und 3 ThürLMG).

Dabei sind als nichtredaktionelles Zusammenarbeiten im Bereich des Gebäudemanagements insbesondere die Arbeitsfelder Softwarenutzung, Einbauten, Fuhrpark, Büroeinrichtung, IT-Infrastruktur, Kommunikationsstruktur und Senderinfrastruktur zu verstehen. Dies kann den technischen und operativen Betrieb der Sende- und IT-Infrastruktur im gesamten Gebäude beinhalten. Auch die Betreuung, Wartung, Erhaltung und Planung der gesamten technischen Infra- und Sicherheitsstruktur ist in diesem Zusammenhang denkbar, des Weiteren die Bürokommunikation mit IT-Infrastruktur, Kommunikationsanlagen und Haustechnik. Auch die Betreuung des Datenschutzes und der Datensicherheit sowie die Arbeitssicherheit im Gebäude kann zu dieser Dienstleistung gezählt werden.

Des Weiteren sind als nichtredaktionelles Zusammenarbeiten insbesondere die Sendernetzbetreuung, das Betreiben der Studioteknik, ein gemeinsames Rechenzentrum und der Bereich der Archivierung zu nennen. Weiterhin sind Betreuung, Wartung, Erhaltung und Planung des gesamten technischen Sendebetriebs der Studioteknik denkbar. Gleiches gilt für die Betreuung der Sendernetzbetreiber und der Server- und Netzwerktopologie und für Finanzbuchhaltungsdienstleistungen wie zum Beispiel die Arbeitsfelder monatliche Buchhaltung, Rechnungswesen, Lohnbuchhaltung, Jahresabschluss, Controlling, Betriebsprüfung, Versicherungen und Abgaben.

Auch die Bereiche Mediaberatung, Vermarktung, Vertrieb, Mediaservice und Disposition können als nichtredaktionelle Zusammenarbeit angesehen werden. Hier können auch die Ansprache und Beratung von Werbekunden sowie damit verbundene Angebots- und Konzepterstellung zulässig sein. Darüber hinaus kann dies die Möglichkeit der Auftragsabwicklung, -verwaltung und Fakturierung beinhalten.

Weitere nichtredaktionelle Zusammenarbeiten stellen die Kooperationsmöglichkeiten im Bereich der Hörerkontakte dar.

Auch kann die Zusammenarbeit bei Veranstaltungen und im Marketing, wie insbesondere die Planung, Steuerung und Durchführung von Veranstaltungen, sowie die Betreuung, Planung, Konzeption und Verwaltung der Werbemittel und Werbeträger auf analogen und digitalen Auspielungskanälen zur Bekanntmachung der Sender als nichtredaktionell eingestuft werden.

Als nichtredaktionell können im Übrigen auch der Kontakt mit Plattenlabels und die Verwendung von Metadaten, wie sie von den Labels zur Verfügung gestellt werden, die Verwaltung der Verträge und die Abwicklung mit den Verwertungsgesellschaften einschließlich der notwendigen Meldungen und Abrechnungen angesehen werden.

Nicht erlaubt ist die redaktionelle Zusammenarbeit. Dies erfasst insbesondere die Zusammenstellung der Nachrichten und sonstiger meinungsbildender Programminhalte sowie die Musikredaktion. Mit Blick auf die publizistische Vielfalt und die Wahrung der Eigenständigkeit der Programme ist ein Austausch oder eine Zusammenarbeit der Redaktionen oder Teilen davon nicht erlaubt, genauso wenig wie ein gemeinsamer Chefredakteur der zusammenarbeitenden Veranstalter. Programm- und Sendungsübernahmen vom jeweils anderen Veranstalter oder die Ausstrahlung gemeinsam produzierter Programme und Sendungen oder deren Teile sind unzulässig.

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Blehschmidt

Lehmann

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Antenne Thüringen

Deutscher Journalisten-Verband, Landesverband Thüringen

Verband der Wirtschaft Thüringens

Mediennetzwerk Thüringen (MENT)

LandesWelle Thüringen

Thüringer Landesmedienanstalt

Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern

ver.di, Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

VAUNET - Verband Privater Medien

FUNKE Thüringen Verlag

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Antenne Thüringen</td> <td>GmbH & Co. KG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Schwannseest. 143</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Schwannseest. 143</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99427 Weimar</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Antenne Thüringen	GmbH & Co. KG	Geschäfts- oder Dienstadresse	Schwannseest. 143	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwannseest. 143	Postleitzahl, Ort	99427 Weimar
Name	Organisationsform										
Antenne Thüringen	GmbH & Co. KG										
Geschäfts- oder Dienstadresse	Schwannseest. 143										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Schwannseest. 143										
Postleitzahl, Ort	99427 Weimar										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Novellierung ist aufgrund der veränderten Marktgegebenheit notwendig. Die nicht-nachhaltige Zusammenarbeit der beiden Landwirte werden sich das Dank-System in Thüringen und sorgt für einen freien Wettbewerb.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 12. 04. 2022	

THÜR. LANDTAG POST
20.04.2022 12:38

10240/2022

ANTENNETHÜRINGEN GmbH & Co. KG, Schwannseestraße 143, 99427 Weimar

Thüringer Landtag

Ausschuss für Europa, Kultur und Medien

Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt



ANTENNETHÜRINGEN GmbH & Co. KG
Schwannseestraße 143
99427 Weimar

Telefon: 03643 / 552-552

Telefax: 03643 / 552-444

E-Mail: kontakt@antennethueringen.de

www.antennethueringen.de

www.radiotop40.de

www.radiolowerburg-im-freistaat.de

Weimar, 19. April 2022

**Erster Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Landesmedien-
gesetzes Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stellungnahme zur Anhörung gemäß § 79 des
Ausschusses für Europa, Kultur und Medien -**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum o.g.
Gesetzentwurf und möchten dies nochmal nutzen, um die Dringlichkeit des
Vorhabens zu unterstreichen.

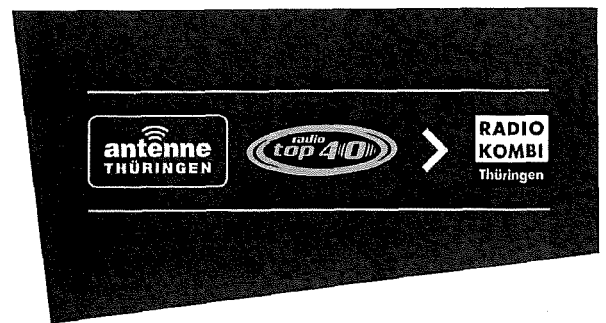
A. Zusammenfassung

Die Novellierung des Thüringer Landesmediengesetzes hilft uns wirtschaftlich,
da der zunehmende Wettbewerb und die aktuelle wirtschaftliche Lage
unweigerlich zu rückläufigen Umsätzen führen. Bei einer Änderung des
bisherigen gesetzlichen Rahmens, können aber zukünftig bei nicht-
redaktionellen Aufwänden, Kräfte besser gebündelt und somit Einbrüche
aufgefangen werden.

Des Weiteren hilft uns dieser Schritt, unsere redaktionelle Unabhängigkeit zu
wahren, da jeder Anbieter ökonomisch motivierte Eingriffe in seine
redaktionelle Eigenständigkeit mit Hinweis auf das Gesetz abwehren kann.

In einem sich enorm verändernden Medienmarkt ist die erweiterte Möglichkeit
einer Zusammenarbeit der Vollprogramme notwendig. Die Digitalisierung,
zunehmender Wettbewerb durch DAB+, digitale Player und des MDR, sowie die
Corona Pandemie machen es den privaten Rundfunkanbietern schwer. Im
bisherigen gesetzlichen Rahmen im Thüringer Landesmediengesetz unter dem
§ 10 Abs. 1 Satz 3 war zwar eine Zusammenarbeit geregelt, allerdings nicht in





einem Umfang, der es den privaten Rundfunkveranstaltern in Thüringen ermöglicht hätte, eine sinnvolle und zielgerichtete Kooperation einzugehen. Der vorliegende Gesetzesentwurf ermöglicht es nun, den privaten Rundfunkveranstaltern eine weitreichende nicht-redaktionelle Kooperation im Bereich Vertrieb, Marketing, Technik, Event, Verwaltung und Finanzbuchhaltung zu zulassen. Mit der Formulierung „Abweichend von Satz 1“ werden die Versagungsgründe des Satz 1, Nr. 1-4 ausgeklammert, so dass einer nicht-redaktionellen Zusammenarbeit von den beiden landesweiten Sendern ANTENNE THÜRINGEN und LandesWelle Thüringen möglich ist. Nicht nur aus der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit sichert diese Änderung des Gesetzes die Zukunft der Sender, sondern sie sichert das Duale-System in Thüringen und trägt zu einer ausgewogenen und neutralen Berichterstattung bei. Dies ist in Zeiten von Krisen mehr denn je wichtig und notwendig, um eine breite Bevölkerung weiterhin seriös und sachhaltig informieren zu können.

B. Anmerkung zur Notwendigkeit der Novellierung des Thüringer Landesmediengesetzes

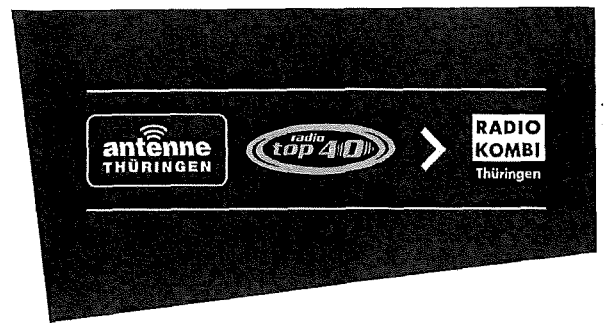
Der Medienmarkt steht unter einem enormen Wandel. Betrachtet man die letzten 5 Jahre, so zeichnen sich vier Bereiche ab, die die Medienlandschaft verändern werden und die Notwendigkeit zukünftiger Kooperationsmodelle notwendig macht.

1. Digitalisierung – Online Audio Markt wächst exponentiell

Es ist kein Geheimnis mehr, dass die digitale Revolution der Medienwelt mit all ihren Facetten das Mediennutzungsverhalten erheblich verändert hat. Unser Kommunikationsverhalten wird zunehmend von Online-Medien beeinflusst und jeder kann zusätzlich seine Meinung kundtun und am Diskurs teilnehmen.

Klassisches Radio hat zwar weiterhin die höchsten Reichweiten und Nutzungsdauern im medialen Vergleich, der Trend von der linearen zur zeitsouveränen Nutzung von Medieninhalten setzt sich allerdings fort. Vor allem 30- bis 49-jährige nutzen vermehrt Mediatheken und Streamingdienste. Podcasts und andere On-Demand-Audioangebote verzeichnen einen deutlichen Nutzungszuwachs. Die großen Tech-Plattformen (Amazon, facebook, Google, Apple) entwickeln sich immer mehr zu Medienunternehmen und drängen auch in die regionalen Märkte.





Streaming Anbieter wie Spotify greifen bewusst den Radiomarkt an. Spotify hat ein Feature eingeführt: eine Playlist aus Kurznachrichten-Podcasts und Songs, die auf den Nutzer zugeschnitten sind. Auf ein Newsformat folgen vier Lieder, die algorithmisch auf den Geschmack des Nutzers zugeschnitten sind. Die Playlist wird im Laufe des Tages mehrfach aktualisiert. Social Audio wie Clubhouse bildet ein neues Angebot von usergeneriertem Content, der somit um die Gunst der Hörer kämpft. Podcasts ergänzen den Wissens- und Informationsmarkt und der Markt wächst jährlich zweistellig. Ergänzend zu diesen Entwicklungen ist das Überangebot an Streams, welche neben Radiostationen aus dem deutschen Markt auch zahlreiche internationale Anbieter aufweisen. Aktuell können über 30.000 Online Radio Angebote in Deutschland empfangen werden.

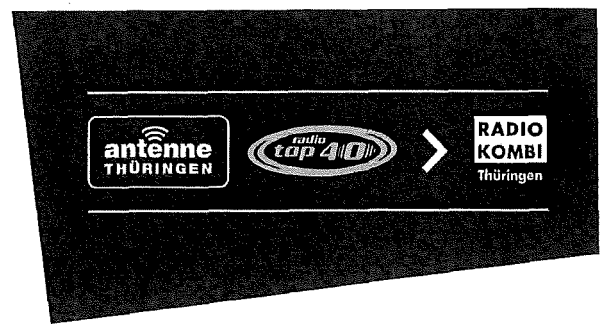
Diese Entwicklung zeigt, dass der Markt in Bezug auf den Medienkonsum nicht unendlich ist und der Konsument ein Überangebot an Formaten vorfindet, welche die bestehende Medienlandschaft schwächt.

2. DAB+ - Neue Verbreitungswege schaffen neuen Wettbewerb

DAB+ wird als der neue Radiostandard von heute und als der Nachfolger von UKW angepriesen. Allerdings muss bei dieser Betrachtung berücksichtigt werden, dass über DAB+ lediglich 11,9 % (VJ 9,8%) Hörer einschalten. Klassische, lineare Radioangebote erreichen hier einen Wert von 73,9 % (VJ 74,7 %). Dies bedeutet, dass DAB+ ein Ausspielungsweg ist, der zwar Wachstum vorweisen kann, aber aktuell parallel betrieben wird, ohne zusätzliche Einnahmen zu generieren. Dies belastete die regionalen Anbieter zusätzlich, da sie zum einen auf die neue Technologie setzen müssen, aber zum anderen nicht neue Einnahmen generieren können.

Zu dieser Entwicklung kommt, der steigende Wettbewerb durch den neuen landesweiten Multiplexer und die beiden nationalen Multiplexer. Die Entwicklung zeigt hier einen neuen Wettbewerb um die Hörerschaft in Thüringen. In Summe konnten in Thüringen 9 UKW-Programme von privaten und öffentlich-rechtlichen empfangen werden. Nicht berücksichtigt sind einstrahlende Programme aus den angrenzenden Bundesländern. Mit der Erschließung von DAB+ sind zusätzlich 33 Programme in Thüringen dazu gekommen. Die Erweiterung durch zusätzliche Programme in Thüringen führt zum verstärkten Kampf um die Hörerschaft und einer Schwächung der bestehenden Programme. Die





Reichweiten sind die Grundlage der Erlöse, welche bereits in einem geschwächten Markt durch den digitalen Wettbewerb, zu weiteren Einbrüchen der Sender führt.

Mehr Anbieter bedeutet aber nicht mehr Vielfalt, da die Programme keinen regionalen Content oder Informationsanteil haben, sondern national ausgelegte Sender sind, die sich lediglich durch ihre Musikfarbe unterscheiden.

3. ÖRR – starke Marktbearbeitung und Flottenstrategie

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk stellt sich auch in Mitteldeutschland neu auf und konsolidiert seine Einheiten. Der MDR fährt mit seinen Programmen eine Flottenstrategie, um hier den gesamte Zielgruppenspektrum im Hörermarkt abdecken zu können. Auch im Ausbau der DAB+ Programme hat der MDR durch seine Finanzierungsstruktur deutliche Vorteile gegenüber den privaten Sendern, die sich nicht über Gebühren finanzieren können.

Ob die aktuell angekündigten Maßnahmen wirklich geeignet sind, lokale Informationsvielfalt und ganz allgemein die demokratische Meinungsbildung nachhaltig und langfristig zu sichern, wird erst die Entwicklung der nächsten Jahre zeigen.

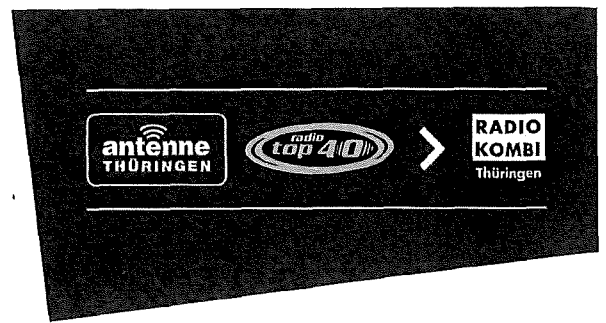
Neben der Marktbearbeitung auf Senderseite, arbeitet der MDR auch mit einer zentralen Vermarktung, die neben dem eigenen Portfolio in der Vermarktungs-Kombi MDR BASIC DIGITAL auch private DAB+ Anbieter vermarktet. Somit steht der MDR sowohl auf der Hörerseite, wie auch im Werbemarkt mit den privaten Anbietern im Wettbewerb.

4. Corona – Mediennutzungsverhalten - wirtschaftliche Belastung

Zum einen hat die Corona-Pandemie Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft und sorgt für zum Teil erhebliche Veränderungen im Mediennutzungsverhalten. Die digitalen Verbreitungswege sind die großen Gewinner der Corona-Zeit. Das wären sie auch ohne die Pandemie. Doch diese hat die Geschwindigkeit, mit der sich der digitale Wandel seine Bahn bricht, nochmal deutlich beschleunigt.

Neben diesen Veränderungen hat die Pandemie seit März 2020 zu erheblichen Umsatzeinbußen geführt, die immer noch andauern und die Sender geschwächt haben. Sowohl im laufenden operativen Geschäft, aber auch bei Investitionsvorhaben, die der digitale Wandel notwendig gemacht hat. Die Belastung für die Sender ist enorm und führt zu einem





Wettbewerbsnachteil besonders mit den öffentlich-rechtlichen Programmen.

C. Anmerkung zur Novellierung des Thüringer Landesmediengesetzes

Grundlage für die Änderung des Mediengesetzes ist der §10 Sicherung der Meinungsvielfalt Absatz 1 Satz 3 des Thüringer Landesmediengesetzes, welcher nur eine eingeschränkte Zusammenarbeit auf eine nichtprogrammliche Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern bei Gebäude- und Veranstaltungsmanagement sowie Technikdienstleistungen ermöglicht. Eine Änderung des Gesetzes muss daher mehr Klarheit und Präzision bringen, um den rechtlichen Rahmen auf Gesetzesebene und der Unbedenklichkeit von Seiten der TLM zu schaffen.

Die vorliegende Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes im § 10 Abs. 1 Satz mit folgendem Wortlaut:

„Abweichend von Satz 1 ist die nicht-redaktionelle Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern zulässig“

führt aus unserer Sicht zu einer deutlichen Erweiterung der Zusammenarbeit, wie sie in der Begründung aufgeführt wird. Mit der Formulierung „Abweichend von Satz 1“ werden die Versagungsgründe des Satz 1, Nr. 1-4 ausgeklammert, so dass eine nicht-redaktionelle Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern in Thüringen zukünftig möglich ist.

Wir möchten an dieser Stelle positiv hervorheben, dass durch diese Änderung die Systematik und Präzision des Gesetzentwurfs an Klarheit gewonnen hat. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass nunmehr hier die gesetzliche Grundlage für eine weitreichende Zusammenarbeit geschaffen werden soll und somit das Gleichgewicht des Dualen Systems und der Anbietervielfalt in Thüringen gesichert wird.

Mit freundlichen Grüßen

ANTENNE THÜRINGEN GmbH & Co. KG



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>DJV Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Anger 44</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Deutscher Journalisten-Verband Landesverband Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	DJV Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Anger 44									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 30px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 30px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gewerkschaft und Berufsverband der Journalist:innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der Erhalt der Redaktionen bei den Medienorganisationen in Thüringen ist von herausragender Bedeutung. Daher müssen bei der Liberalisierung des ThürLMG Rechtsunsicherheiten für Anbieter:innen und Kontrollinstanzen gleichermaßen nach Möglichkeit ausgeschlossen werden. Vor diesem Hintergrund ist eine Konkretisierung dessen, was der Gesetzgeber als „nicht-redaktionellen Bereich“ definiert, aus Sicht des DJKV Thüringen unumgänglich, um keine Regulierungslücken entstehen zu lassen. In die Abwägung der Entscheidung über eine Gesetzesänderung gehört zudem der Umstand, dass Kooperationen von Unternehmen immer auch die Gefahr von Tariffucht und der Aushebelung von betrieblicher Mitbestimmung bergen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.04.2022	

THÜR. LANDTAG POST
25.04.2022 09:58

1054512022

DEUTSCHER
JOURNALISTEN-
VERBAND
GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTEN

LANDESVERBAND
THÜRINGEN E.V.



25.04.2022

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

**Stellungnahme des
DJV-Landesverbandes Thüringen
zum
Ersten Gesetz zur Änderung des
Thüringer Landesmediengesetzes
Gesetzentwurf der Fraktionen
DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 7/5032**

Am 7. April 2022 hat der Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages dem DJV Thüringen das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (Drucksache 7/5032) mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 25. April 2022 zugesandt.

Der Deutsche Journalisten-Verband in Thüringen, der als Gewerkschaft und Berufsverband rund 2/3 der Journalist:innen im Freistaat organisiert, bedankt sich ausdrücklich dafür, aktiv in das Gesetzgebungsverfahren einbezogen zu werden. Die geplante Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes markiert einen grundlegenden Richtungswechsel in der Medienpolitik des Freistaates und bedarf daher einer eingehenden und differenzierten Diskussion. In diese möchte sich der DJV Thüringen mit seiner Fachkompetenz und der vorliegenden Stellungnahme gern einbringen.

I. Ausgangssituation

Bislang konnte privaten Rundfunkveranstalter:innen von Vollprogrammen die Zulassung versagt oder widerrufen werden, wenn in dem im Antrag angegebenen Verbreitungsgebiet von den Antragsteller:innen bereits ein anderes Voll- oder Spartenprogramm veranstaltet wurde. Dies verhinderte in vielerlei Hinsicht auch die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen mehreren Veranstalter:innen im Freistaat. Ziel der Bestimmungen in § 10 ThürLMG war nicht allein, den marktwirtschaftlichen Wettbewerb unter verschiedenen Rundfunkveranstalter:innen zu befördern. Das primäre Ziel dieser Rechtsvorschrift war vielmehr der Erhalt, die Sicherung und die Förderung der journalistischen Meinungsvielfalt in Thüringen. Der DJV Thüringen unterstützt ausdrücklich das Ziel des Gesetzgebers, Medien- und Meinungsvielfalt zu sichern, insbesondere vor dem Hintergrund der Situation am Thüringer Zeitungsmarkt, der heute nur noch von einigen wenigen Verlagen bestimmt wird.



II. Geplante Regelung

Im vorliegenden Entwurf werden die Vorschriften des § 10 Abs. 1 Satz 1 ThürLMG nun explizit nur noch auf den redaktionellen Bereich beschränkt. Künftig soll, sehr allgemein formuliert, die „[...] nicht-redaktionelle Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern zulässig.“ sein.¹ Dies stellt eine erhebliche Erweiterung der bisherigen Kooperationsmöglichkeiten dar. Was der Gesetzgeber unter „nicht-redaktionell“ verstanden wissen will, wird in der Begründung des Gesetzentwurfes erläutert.

ANGER 44

99084 ERFURT

TEL.: +49 361 566 05 29

FAX: +49 361 562 69 39

Internet:

www.djv-thueringen.de

E-Mail:

info@djv-thueringen.de

III. Bewertung durch den DJV

Der DJV begrüßt grundsätzlich die Weiterentwicklung des Thüringer Medienrechts vor dem Hintergrund aktueller Umbrüche in der Medienlandschaft. Wir möchten den Gesetzgeber jedoch dringend auf einige kritische Bestandteile des hier vorgelegten Gesetzentwurfs aufmerksam machen, damit der Entwurf entsprechend angepasst werden kann.

Rechtsunsicherheiten für Anbieter:innen und Regulierung

Nach dem derzeit gültigen Landesmediengesetz ist schon heute eine Zusammenarbeit zwischen Rundfunkveranstalter:innen in Thüringen möglich, gleichwohl nur „[...] bei Gebäude- und Veranstaltungsmanagement sowie Technikdienstleistungen [...]“.² Durch die Gesetzesänderung kämen nun weitere Bereiche wie Lohnbuchhaltung, Controlling und Rechnungswesen hinzu, die auch aus Sicht des DJV Thüringen als „nicht-redaktionell“ gelten können.

Allerdings werden in der Begründung zum vorliegenden Gesetzentwurf weitere Arbeitsfelder genannt, in denen künftig eine Kooperation von Rundfunkveranstalter:innen möglich sein soll. Unter anderem sind dies die Bereiche Mediaberatung, Vermarktung, Vertrieb, Mediaservice, Disposition, Marketing und der Hörservice.³ Aus seiner Praxiserfahrung sieht der DJV Thüringen dahingehend erhebliche Abgrenzungsprobleme zwischen „redaktionell“ und „nicht-redaktionell“. Dies gilt im Hörfunk beispielsweise für das Marketing: So kann etwa Veranstaltungs- und Eigenmarketing durchaus auch in Form von redaktionellen Inhalten erfolgen. Der Hörservice ist z.B. bei themenbezogenen sogenannten „Call-ins“ ebenfalls redaktionell tätig: Hier werden nach erfolgter Vorauswahl Interviews von anrufenden Hörer:innen aufgezeichnet und geschnitten, damit diese später in das Programm integriert werden können. Im Ergebnis sieht der DJV Thüringen deutliche Abgrenzungsprobleme, die zu Rechtsunsicherheiten auf Seiten der Anbieter:innen und auch der Regulierung führen können.

¹ Vgl. § 10 Abs. 1 Satz 3 ThürLMG-E

² Vgl. § 10 Abs. 1 Satz 3 ThürLMG in der bisher gültigen Fassung

³ Vgl. Gesetzentwurf DS 7/5032, S. 3 f.



Unklarheiten darüber, ob ein Bereich nun als „redaktionell“ oder „nicht-redaktionell“ einzustufen ist, würden beispielsweise die Kontrolle durch die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) betreffen und diese in der Folge möglicherweise deutlich erschweren. Um Regulierungslücken zu vermeiden, sollte dringend eine Konkretisierung dessen, was vom Gesetzgeber unter „nicht-redaktionell“ verstanden wird, erfolgen. Ausgangspunkt könnte die heute schon bestehende Regelung in § 10 Abs. 1 Satz 3 ThürLMG sein, welche um die entsprechenden Arbeitsfelder erweitert werden sollte.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Gefahr von Tarifflicht und Unterminierung der betrieblichen Mitbestimmung

Aus gewerkschaftlicher Sicht besteht die Gefahr, dass durch Aus- und Neugründungen im Rahmen von Kooperationen essenzielle Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer:innen ausgehebelt und Tarife umgangen werden. So gilt derzeit für alle Mitarbeiter:innen des Rundfunksenders ANTENNE THÜRINGEN ein mit den Gewerkschaften DJV und ver.di ausgehandelter Tarifvertrag.

Bei einer Öffnung der in § 10 Abs. 1 Satz 1 ThürLMG definierten Schranken ist zu erwarten, dass u.a. für eine gemeinsame Vermarktung mit der LANDESWELLE eine neue Gesellschaft gegründet und die Mediaberater:innen in diese überführt werden. Damit wären sie nicht nur dem Tarifvertrag, sondern auch der betrieblichen Mitbestimmung durch den Betriebsrat von ANTENNE THÜRINGEN entzogen. Tarifflicht und der Umgehung betrieblicher Mitbestimmung könnten so Tür und Tor geöffnet werden.

Redaktionsautonomie nicht durch Kooperationen gefährden

Unabhängig von den oben benannten Problemfeldern einer Novelle des Thüringer Landesmediengesetzes begrüßt es der Deutsche Journalisten-Verband Thüringen ausdrücklich, dass die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen privaten Rundfunkanbietern explizit auf den nicht-redaktionellen Bereich beschränkt werden sollen. Dies ist aus Sicht des DJV unerlässlich, um zumindest ein Mindestmaß an journalistischer Medien- und Meinungsvielfalt im Hörfunkbereich in Thüringen zu bewahren. Könnten die Redaktionen der beiden landesweit tätigen Rundfunkanbieter:innen kooperieren und würden sie perspektivisch zusammengelegt, so würde dies unvermeidbar einen drastischen Personalabbau zur Folge haben. Wenn Journalist:innen ihre Jobs verlieren, geht auch journalistische Vielfalt und letztendlich publizistische Qualität verloren. Negativbeispiele für diese Entwicklung, oftmals unter dem Euphemismus „Nutzung von Synergieeffekten“ zusammengefasst, sind in Deutschland und auch speziell in Thüringen vor allem im Tageszeitungsbereich zunehmend sichtbar.⁴

⁴ Vgl. Media Perspektiven 6/2020 „Tageszeitungen 2020: Schrumpfender Markt und sinkende Vielfalt“; Horst Röber (S. 331)



Neben den auf Deutschland bezogenen sowie weltweiten Nachrichten besteht ein wesentlicher Teil der journalistischen Tätigkeit der beiden landesweiten Rundfunkanbieter:innen in Thüringen in der Lokalberichterstattung. Lokale Berichterstattung vor Ort ist auch Teil der Lizenzauflagen, die regelmäßig durch die TLM evaluiert werden. Eine Kooperation im redaktionellen Bereich würde analog zur Entwicklung im Tageszeitungsmarkt zwangsläufig ebenso zu einer Marktkonzentration und in der Folge zu einem deutlichen Verlust an lokaljournalistischer Vielfalt führen.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Da das Informationsbedürfnis und somit die Nachfrage nach lokaler Berichterstattung weiterhin sehr hoch und während der Corona-Pandemie sogar wieder gestiegen ist⁵, besteht die akute Gefahr eines Hörer:innenverlustes, sofern das lokaljournalistische Angebot schrumpft. Das kann nicht im Interesse demokratischer Gesellschaften sein, für die ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Rückgang lokaljournalistischer Angebote und beispielsweise der Beteiligung an Kommunalwahlen⁶ sowie weiteren negativen gesellschaftspolitischen Entwicklungen wie Wirtschaftskriminalität⁷ wissenschaftlich breit erhärtet ist.

Ansonsten drohen „Nachrichtenwüsten“ wie in den Vereinigten Staaten oder „Keinzeitungskreise“, also Bezirke ohne ein einziges lokaljournalistisches Angebot. Die Entstehung solcher Regionen muss in Thüringen und in der gesamten Bundesrepublik dringend verhindert werden, was auch in der Verantwortung der Medienpolitik liegt.

IV. Schlussfolgerungen

Aus Sicht des DJV Thüringen ist der Erhalt unabhängiger Redaktionen bei den Medienorganisationen in Thüringen, die es ohnehin nur noch in geringer Zahl gibt, von herausragender Bedeutung. Aus diesem Grund sollten bei einer Liberalisierung des Thüringer Landesmediengesetzes Rechtsunsicherheiten für Anbieter:innen auf der einen, aber auch für Kontrollinstitutionen auf der anderen Seite unbedingt vermieden werden. Eine Konkretisierung, was vom Gesetzgeber als „nicht-redaktioneller Bereich“ definiert wird, lässt daher Regulierungslücken gar nicht erst entstehen. Zudem würde eine solche Konkretisierung die Redaktionsautonomie stärken und Entwicklungen vermeiden, die oben ausführlich erläutert wurden.

Abschließend möchte der DJV Thüringen zudem darauf hinweisen, dass Kooperationen von Unternehmen immer auch die Gefahr von Tariffucht und Aushebelung der betrieblichen Mitbestimmung bergen. Zwar lässt sich dies nur schwer gesetzlich verhindern, gehört aber in die Abwägung der Entscheidung über eine Gesetzesänderung hinein.

⁵ Vgl. „Informationsverhalten während der Corona Pandemie - Ergänzender Schwerpunkt zur Mediengewichtungsstudie 2020-I“; Die Medienanstalten (S. 2 ff.)

⁶ „Newspaper markets and municipal politics: how audience and congruence increase turnout in local elections“; Daniel Kübler, Christopher Goodman

⁷ „When the Local Newspaper Leaves Town: The Effects of Local Newspaper Closures on Corporate Misconduct“; Jonas Heese, Gerardo Perez Cavazos, Caspar David Peter

DEUTSCHER
JOURNALISTEN-
VERBAND
GEWERKSCHAFT
DER JOURNALISTEN

LANDESVERBAND
THÜRINGEN E.V.



Im Namen des Deutschen Journalisten-Verbandes Landesverband Thüringen e.V. möchte ich mich abschließend noch einmal ausdrücklich für die Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf bedanken.

Für Rückfragen stehe ich selbstverständlich gern zur Verfügung.

ANGER 44
99084 ERFURT
TEL.: +49 361 566 05 29
FAX: +49 361 562 69 39

Internet:
www.djv-thueringen.de

E-Mail:
info@djv-thueringen.de

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Verein der Wirtschaft Thüringen</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Loessluisstr. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verein der Wirtschaft Thüringen	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Loessluisstr. 1	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Verein der Wirtschaft Thüringen	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Loessluisstr. 1										
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<div style="text-align: center; font-family: cursive; font-size: 1.5em;">Zustimmung</div>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Elfurt 22.04.2022	

VWT • Lossiusstraße 1 • 99094 Erfurt

Hauptgeschäftsführer

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.04.2022 10:47

10568/2022

2022-04-22

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Übersendung des Gesetzentwurfs und die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Wir begrüßen die Änderungen des Thüringer Landesmediengesetzes, die den privaten Medien in Thüringen mehr logistische und wirtschaftliche Kooperation ermöglicht bei weiterhin bestehender Trennung der redaktionellen Bereiche. Dies kann zu mehr wirtschaftlicher Stabilität der privaten Hörfunkveranstalter wie auch zu mehr Programmvvielfalt beitragen.

Mit freundlichen Grüßen



**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, - Drucksache 7/5032 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Mediennetzwerk Thüringen (MENT)</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Erich-Kästner-Str. 1a</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Mediennetzwerk Thüringen (MENT)	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erich-Kästner-Str. 1a	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Mediennetzwerk Thüringen (MENT)	e. V.												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Erich-Kästner-Str. 1a												
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Herausforderungen wirtschaftlicher Art nachvollziehbar - unklare Regelung - Vielfalt der Medienlandschaft muss erhalten bleiben - Innovation der Medienbranche erfordert Unterstützung	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 3

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.04.2022	MedienNetzwerk Thüringen e.V.

99094

Stellungnahme Mediennetzwerk Thüringen e.V. "Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes"

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 7/5032)

In den vergangenen Jahrzehnten unterlag das Landesmediengesetz nicht nur einer Revision. Diese Anpassungen haben es zu einem der thüringischen Medienlandschaft stark angepassten Gesetz werden lassen. Die diesem voraus zu setzende Flexibilität und Nähe zur Medienlandschaft - im kommerziellen, wie im nichtkommerziellen Sinne - hat eine breite Basis der Bürgermedien geschaffen und über die Jahre stabilisiert. Diese Entwicklung ist insbesondere in Hinblick auf Medienkompetenz und Mediennachwuchs von nicht zu unterschätzendem Wert.

Problematischer wird der Blick auf die kommerzielle Medienlandschaft. Fehlende Kaufkraft und damit einhergehende niedrige Einnahmen privater Rundfunkanstalten gestalten das wirtschaftliche Handeln schwierig. In Hinblick darauf überrascht es nicht, dass die erneute Novelle des Landesmediengesetzes versucht, privaten Rundfunkbetreiber:innen Synergien zu ermöglichen - wurden diese doch schon in vergangenen Novellen versucht einzuführen. Nicht zu Unrecht wurde damals auf das Problem einer drohenden Medienkonvergenz verwiesen. Die Zeichen der Zeit erfordern nun aber eine neue Antwort. Die Radiolandschaft verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum des Digital Audio Broadcastings (DAB+) und zeigen eine Zunahme der Nutzung von Onlinestreamingangeboten. Mit der Etablierung von Smart Speakern kommt zudem eine neue Art von Radio in die Haushalte. In Hinblick auf diese Entwicklung und vorzunehmende Anpassungen und Herausforderungen der privaten Rundfunkbetreiber ist ein erhöhter finanzieller Aufwand in der Beantwortung der digitalen Frage notwendig. "Kleine" Sender haben in dieser Entwicklung das Nachsehen aufgrund weiterhin bestehender hoher Distributionskosten sowie einem Werbemarkt, der sich verstärkt mit den großen Playern Meta und Google messen muss. Resultierend daraus erscheint eine Konsolidierung auch auf dem Thüringer Markt angezeigt. Die Konkurrenz aus dem öffentlich-rechtlichen Raum ist ein weiterer Faktor, der private Rundfunkanbieter:innen dazu treibt, Synergien zu suchen. Grundsätzlich sollte jedoch im Falle schwieriger wirtschaftlicher Situationen von Seiten der Rundfunkbetreiber:innen darüber nachgedacht werden, ob das momentane Wirtschaftsmodell weiterhin tragfähig ist. Konsolidierung durch Fusionen oder der Verzicht auf Frequenznutzung mit der Chance, neue Player in den Thüringer Privatrundfunk zu holen, wäre eine bessere Lösung - jedoch mit Risiken für die Beschäftigten der kommerziellen Rundfunkbetreiber.

Die Möglichkeit, einer "nicht-redaktionelle[n] Zusammenarbeit" kann hierbei jedoch ebenso eine Lösung darstellen. Diesen Weg versucht die Novelle des Landesmediengesetzes zu gehen und auch dem Mediennetzwerk Thüringen e.V. (MENT) erscheint dieser Weg nachvollziehbar, wenn auch nicht als Allheilmittel für die derzeitige Situation privater Rundfunkbetreiber. Wenn Synergien durch "nicht-redaktionelle Zusammenarbeit" ausgeschöpft sind, stellt sich die Frage, was vom jeweiligen Medienbetrieb bleibt. So besteht durchaus die Gefahr, dass Unternehmensteile in tariffreie Ausgründungen übergehen. Im Falle staatlicher Notfalllagen stellt sich auch die Frage, welcher Sender Vorrang in der Nutzung gemeinsamer Kapazitäten genießt. Der Ausfall wichtiger Unternehmensteile, die gemeinsam genutzt werden, kann dazu führen, dass dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk kein privatwirtschaftliches Korrektiv für einen gewissen Zeitraum gegenüber steht.

Konkret sieht MENT daher die Gefahr, dass die Formulierung "nicht-redaktionelle Zusammenarbeit" für eine Unsicherheit im Privatrundfunk sorgt und die Kontrolle durch die Thüringer Landesmedienanstalt erschwert und dadurch auch erhöhten finanziellen Aufwand für diese Kontrollinstanz bedeutet. Bürgermedien als Vorraum der professionellen Rundfunkbetreiber:innen dürfen darunter nicht leiden. Die konkrete Aufzählung von Kooperationsfeldern, wie sie in der Gesetzesänderungsbegründung bzw. wie in der aktuelle gültigen Fassung exemplarisch unter §10 Abs. 1 Satz 3 ThürLMG Anwendung findet, erscheint die bessere Lösung.

Trotz der angesprochenen Probleme hält MENT die Novelle für tragbar, wenn gleichsam innovative journalistische Modelle gefördert werden, die die Vielfalt unter den privaten Rundfunkbetreiber:innen wieder stärken. Konkretere Kooperationsfelder sollten ergänzend aufgezeigt werden. Der nun jahrelange Kampf um ein gemeinsames Medienhaus sollte befriedet werden und privaten Rundfunkanbieter:innen sollte der Spielraum geschaffen werden, notwendige Synergien zu nutzen, um das eigene Programm und damit Programmvietfalt zu erhalten oder sogar neue Projekte zu schaffen.

In dem Kontext erscheinen Novitäten, wie die Schaffung von staatlich finanzierten, aber unabhängigen Volontär:innenstellen weiterhin sinnvoll, da diese die journalistische Breite in Thüringen sicherstellen können.



Zudem sollten dringend journalistische Versuchsräume und Innovationsprojekte initiiert und finanziell unterstützt werden, um dem digitalen Rundfunkmarkt neue Thüringer Produkte anzubieten und damit die Vielfalt auch in der digitalen Fläche zu erhöhen sowie Betätigungsfelder für Medienakteur:innen und -nachwuchs zu bieten.

So kann perspektivisch der Medienstandort Thüringen gestärkt werden. Kooperationsmöglichkeiten für Betreiber:innen neu entstehender etwaiger Rundfunkangebote können hier zudem ganz neue Chancen bieten.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>LandesWelle Thüringen GmbH & Co. KG</td> <td>GmbH & Co. KG</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mehringstrasse 5</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99086 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	LandesWelle Thüringen GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mehringstrasse 5	Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt		
Name	Organisationsform												
LandesWelle Thüringen GmbH & Co. KG	GmbH & Co. KG												
Geschäfts- oder Dienstadresse													
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mehringstrasse 5												
Postleitzahl, Ort	99086 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	<i>Geschäftsführer</i>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Mit der Gesetzesänderung wird ein zukunftsfähiges Landesmediengesetz geschaffen, das die Anbieter- Vielfalt in Thüringen nachhaltig sichert, die zukünftige Angebotsvielfalt finanzierbar macht und den Medienstandort Thüringen stärkt.</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteil(dokG))	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 22.04.2022	

LandesWelle Thüringen GmbH & Co. KG • Mehringstraße 5 • 99086 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.04.2022 09:28

10535/2022

Erfurt, am 22. April 2022

Erster Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Stellungnahme zur Anhörung gemäß § 79 des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien - Drucksache 7/5032 -

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns zunächst einmal für die Möglichkeit zur Stellungnahme in Bezug auf die geplante Gesetzesänderung. LandesWelle Thüringen befürwortet und unterstützt die geplante Änderung des Landesmediengesetzes ausdrücklich. In diesem Schreiben soll die Dringlichkeit des Vorhabens noch einmal verdeutlicht werden.

Der vorliegende Gesetzesentwurf sorgt für die dringend benötigte Klarheit und Rechtssicherheit bei nicht-redaktionellen Kooperationsmodellen und ermöglicht den privaten Rundfunkveranstaltern nunmehr verlässlich eine weitreichende nicht-redaktionelle Kooperation, wie im Einzelnen schon zutreffend in der Gesetzesbegründung ausgeführt.

Bislang waren Art und Umfang möglicher Kooperationen durch die Formulierung des Gesetzes *„Die Möglichkeit einer nicht programmlichen Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern bei Gebäude- und Veranstaltungsmanagement sowie Technikdienstleistungen bleibt unberührt.“* einerseits eher eng gefasst, andererseits aber auch von nicht unerheblicher Unbestimmtheit geprägt. Dies erfolgte durch den Bezug auf einen nicht redaktionsbezogenen und auslegungsbedürftigen Programmbegriff einerseits und eine wohl nochmals einengende abschließende Aufzählung von lediglich drei – wiederum auslegungsfähigen – Kooperationsbereichen. Mit der neuen Formulierung des § 10 Abs. 1 S. 3 ThürLMG werden die Versagungsgründe des Satzes 1, Nr. 1-4 nun klar für die *„nicht-redaktionelle Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern“* ausgeklammert, so dass konkret eine solche Zusammenarbeit der beiden landesweiten Sender LandesWelle Thüringen und ANTENNE THÜRINGEN möglich sein wird, solange dies den redaktionellen Bereich nicht berührt.

So erlaubt der Gesetzgeber Kooperationen, um betriebswirtschaftliche Synergieeffekte zu nutzen. Die klare Beschränkung auf den nicht-redaktionellen Bereich garantiert dabei die redaktionelle Eigenständigkeit der Programme – ein Anspruch, den im Übrigen jeder Rundfunkveranstalter (und insbesondere LandesWelle Thüringen) schon aus dem eigenen Selbstverständnis heraus hat und daran sein Wirken ausrichtet. Mit der Änderung des § 10 Abs. 1 S. 3 ThürLMG wird ein zukunftsfähiges Landesmediengesetz geschaffen, das die Anbietervielfalt in Thüringen nachhaltig sichert, die zukünftige Angebotsvielfalt finanzierbar macht und den Medienstandort Thüringen stärkt.

Auf diese drei positiven Auswirkungen der Gesetzesänderung wird im Folgenden noch einmal detailliert eingegangen.

1. Die Gesetzesänderung sichert die Anbietervielfalt in Thüringen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren für die Thüringer Privatradios deutlich verschlechtert. Dieser Trend wird sich auch zukünftig fortsetzen. Die Anzahl der Audioangebote über UKW, DAB+ oder Online und damit auch der Zahl der Mitbewerber wächst von Jahr zu Jahr. Die Situation vor der Corona-Pandemie war die, dass sich immer mehr Programme aus insgesamt stagnierenden Werbemitteln finanzieren mussten. Corona und die damit in der Vergangenheit verbundenen Lockdowns verschärfen die Situation enorm. Mehr Programme müssen sich nun aus insgesamt deutlich weniger Werbemitteln finanzieren. Das hat mittel- und langfristige Auswirkungen auf die Qualität und die Innovationskraft der privaten Rundfunkveranstalter in Thüringen. Aus diesem Grunde gibt es die Bestrebung von LandesWelle Thüringen und ANTENNE Thüringen, in nicht-redaktionellen Bereichen zu kooperieren. So ist sichergestellt, dass beide Unternehmen als unabhängige Rundfunkanbieter fortbestehen.

LandesWelle bleibt als LandesWelle Thüringen GmbH & Co. KG als eigenständiger Programmveranstalter ohne Einflussmöglichkeiten des Büropartners auf die Redaktion bestehen. Alle redaktionellen und meinungsbildenden Abteilungen bleiben erhalten. Von der Geschäftsführung über die Programmdirektion bis hin zu den Moderatoren, Redakteuren und der Nachrichtenredaktion. Durch die Eigenständigkeit der Anbieter ist die Meinungsvielfalt in Thüringen uneingeschränkt sichergestellt.

2. Die Gesetzesänderung ermöglicht eine zukünftige Finanzierung der Angebotsvielfalt

Die Bevölkerung Thüringens ist besonders vom demografischen Strukturwandel betroffen. Zu Sendestart von LandesWelle im Jahr 1995 betrug die Einwohnerzahl in Thüringen rund 2,518 Mio. Menschen. Ende dieses Jahres werden voraussichtlich noch 2.066 Mio. Frauen und Männer im Freistaat leben. Acht Jahre später, am 31. Dezember 2030 sind es laut Prognose noch 1.990 Mio. Thüringerinnen und Thüringer.

Vom Sendestart im Jahr 1995 bis Ende 2030 wird der Freistaat Thüringen voraussichtlich rund 528 Tsd. Einwohner verlieren. Das sind in Summe die Städte Erfurt, Jena, Gera, Weimar und Gotha.

(Quellen: Statistisches Bundesamt; TLS (Thüringer Landesamt für Statistik))

Das Fundament für alle werbefinanzierten Medien in Thüringen, die erreichbaren Menschen, wird dramatisch schrumpfen. Und damit auch die Potenziale für den werbefinanzierten Hörfunk.

Um vor diesem Hintergrund in einem kleiner werdenden Hörermarkt sowie in einem damit einhergehenden schrumpfenden Werbemarkt auch in Zukunft bestehen zu können, ist es zwingend notwendig, Kooperationen mit anderen Rundfunkveranstaltern in Thüringen zu ermöglichen. So ist ein nachhaltiges, qualitativ hochwertiges Radioangebot auch in Zukunft sichergestellt, ohne dass die Selbständigkeit des Programms, die Meinungs- und Angebotsvielfalt und die Verwurzelung von LandesWelle Thüringen im Freistaat in Frage gestellt werden.

3. Die Gesetzesänderung stärkt den Medienstandort Thüringen

Bei einer Betrachtung der Hörerreichweiten in Thüringen liegt der öffentlich-rechtliche Sender MDR THÜRINGEN – Das Radio mit 156 Tsd. Hörerinnen und Hörern pro Durchschnittsstunde vor ANTENNE Thüringen mit 113 Tsd. Hörern. Es folgt MDR JUMP mit 69 Tsd. Hörern vor LandesWelle Thüringen mit 59 Tsd. Hörerinnen und Hörern. radio top 40 erreicht pro Stunde 19 Tsd. Menschen im Freistaat und das ebenfalls in Thüringen lizenzierte Programm Radio Teddy wird von 3 Tsd. Thüringerinnen und Thüringern in der Stunde gehört.

Die Stundenreichweite aller in Thüringen lizenzierten Programme liegt derzeit in Summe bei 419 Tsd. Hörerinnen und Hörern.

Darüber hinaus ist in Thüringen auch die Nutzung von nationalen DAB+ Programmen und externen, also aus den angrenzenden Bundesländern einstrahlenden UKW-Sendern erheblich. Laut aktueller Mediaanalyse hören pro Stunde (Montag bis Freitag) 187 Tsd. Thüringerinnen und Thüringer DAB+ oder UKW-Radiosender aus anderen Bundesländern.

Die reichweitenstärksten Programme, die von außen nach Thüringen einstrahlen, sind:

Radio BOB (DAB+) = 21 Tsd. Hörer/Std. in Thüringen;

89.0 RTL = 18 Tsd. Hörer/Std. in Thüringen;

Bayern 1 = 11 Tsd. Hörer/Std. in Thüringen;

Antenne Bayern = 11 Tsd. Hörer/Std. in Thüringen;

+ 32 weitere Programme mit kumuliert 126 Tsd. Hörer/Stunde

Von 606 Tsd. Thüringerinnen und Thüringern, die pro Stunde ein UKW oder DAB+ Programm einschalten, hören jetzt bereits knapp ein Drittel (187 Tsd. Hörerinnen und Hörer) Programme, die nicht primär in Thüringen lizenziert sind. Diese Programme haben in der Regel inhaltlich keinen Thüringenbezug und leisten keinen Beitrag zur Wertschöpfung im Freistaat.

(Quelle: ma Audio I 2022 vom 30. März 2022)

Zum einen wird es zukünftig weniger Menschen in Thüringen geben, und die haben zum anderen auch noch deutlich mehr Auswahl an Hörfunkangeboten. Weniger Konsumenten auf mehr Produkte verteilt, bedeutet heruntergerechnet auf die einzelnen Radiosender im Freistaat deutlich weniger Hörerinnen und Hörer. Die Refinanzierbarkeit der kommerziellen privaten Programme wird sich zukünftig drastisch verschlechtern. Reine Onlineprogramme sind hier noch gar nicht berücksichtigt. Es ist davon auszugehen, dass z.B. Anbieter wie Apple, Spotify und Napster als zusätzliche Marktteilnehmer erheblich an der Audio-Ökonomie teilhaben werden, zumal sie über hervorragende Verbindungen zur Werbewirtschaft verfügen und zugleich als Plattformen auch die Rechte an zahlreichen Musikinhalten besitzen.

Um den Medienstandort Thüringen nachhaltig und zukunftsfähig zu stärken, sind Kooperationen, wie sie in der Gesetzesänderung aufgeführt sind, aus unserer Sicht zwingend notwendig. Sie ermöglichen ein solides wirtschaftliches Fundament für qualitativ hochwertige, informative und innovative Radioprogramme.

Abschließend möchten wir noch einmal betonen, dass der vorliegende Gesetzesentwurf im Vergleich zu dem derzeit gültigen Gesetz an Klarheit hinzugewonnen hat. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass mit der Änderung eine präzise gesetzliche Grundlage für eine weitreichende Kooperation geschaffen werden soll und somit letztendlich auch das Gleichgewicht des Dualen Systems in Thüringen gesichert wird.

Mit freundlichen Grüßen
LandesWelle Thüringen GmbH & Co. KG

Geschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Landesmedienanstalt</td> <td>Anstalt öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Steigerstraße</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Landesmedienanstalt	Anstalt öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Steigerstraße	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	10	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Landesmedienanstalt	Anstalt öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Steigerstraße									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	10									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeitlG)	
	Zulassung und Aufsicht von Rundfunkveranstaltern in Thüringen, Aufsicht über Telemedienanbieter, Jugendmedienschutz, Vermittlung von Medienbildung, Stärkung des Standorts Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeitlG)	
	Gesetzgebungsvorschlag strebt Liberalisierung der Kooperationsmöglichkeiten der landesweiten Hörfunkveranstalter an - TLM verweist auf mögliche Konsequenzen und Gefahren für die Medienvielfalt in Thüringen	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeitlG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeitlG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

Anlage 3

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25. April 2022	

Per Mail (poststelle@thueringer-landtag.de)

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Herrn Ministerialrat
Peter Forelle
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.04.2022 15:07

10607/2022

25. April 2022

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (ThürLMG)
Anhörung der Betroffenen – Stellungnahme der TLM

Sehr geehrter Herr Forelle,

mit Schreiben vom 7. April 2022 haben Sie die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) über den aktuellen Entwurf zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes informiert und die TLM um eine Stellungnahme gebeten. Diese Möglichkeit der Stellungnahme nutzen wir gern (Anlage), wenngleich aufgrund der kurzen Rückmeldefrist leider keine Befassung der Versammlung mit dem Gesetzesentwurf möglich war.

Gern bin ich auch bereit, die schriftliche Stellungnahme mündlich zu vertiefen.

Mit freundlichen Grüßen

|D|irektor

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (ThürLMG)

Stellungnahme der TLM

1. Aktuelle Medien in Thüringen

Bisheriges Leitprinzip des Thüringer Landesmediengesetzes ist, ausgehend vom verfassungsrechtlich verankerten Ziel der Meinungsvielfalt, dass in einem Verbreitungsgebiet nach Möglichkeit mehrere Rundfunkangebote verschiedener Rundfunkanbieter existieren.

Die TLM ist im Rahmen ihrer vielfältigen Tätigkeiten eine der Hauptanwenderinnen des ThürLMG und zu seiner Durchsetzung verpflichtet. Zugleich hat die TLM aufgrund der langjährigen Entwicklung und Begleitung der Thüringer Medienlandschaft auch einen umfänglichen Einblick in die Bedürfnisse der Medienschaffenden und -nutzenden.

Aus dieser Position heraus kann für Thüringen zumindest medienübergreifend eine vielfältige Medienlandschaft attestiert werden, wobei nicht näher auf die Online-Welt und die lokal-regional-bezogenen Angebote eingegangen wird, da es im Gesetzesentwurf vornehmlich um landesweite Angebote geht.

Hinsichtlich der einzelnen Mediengattungen fällt dieser Befund, was die Versorgung des gesamten Freistaats betrifft, jedoch differenzierter aus. Die Zeitungslandschaft wird bei den tagesaktuellen Zeitungen für Thüringen von einem Verlag (FUNKE Mediengruppe) dominiert. Landesweites Fernsehen wird dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (Mitteldeutscher Rundfunk – MDR) überlassen. Im Hörfunk existieren neben den Angeboten des MDR zumindest noch zwei landesweite private Medienhäuser mit Hörfunkvollprogrammen für Thüringen. Diese beiden Hörfunkvollprogramme sind insbesondere via UKW und seit Kurzem auch über DAB+ empfangbar. Daneben können über diese digitale Technik via DAB+ landesweit auch Programme anderer privater Veranstalterinnen empfangen werden.

ANTENNE THÜRINGEN und LandesWelle Thüringen sind jedoch die einzigen, die speziell für Thüringen landesweit veranstaltet werden. Diesen beiden ist ein Großteil der UKW-Frequenzen in Thüringen zugewiesen.

2. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Rundfunkveranstalterinnen sehen sich zunehmend wachsender Konkurrenz aufgrund vieler Medienangebote, Medienkonvergenz und veränderter Nutzungsgewohnheiten ausgesetzt. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Refinanzierungsmöglichkeiten umso schwieriger gestalten, je kleiner das Verbreitungsgebiet ist.

Die TLM hat daher in den vergangenen Jahren als einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit weitere journalistische Angebote initiiert und finanziell unterstützt, zum Beispiel die Bürgerradios und die verschiedenen Lokalfernsehangebote, nicht zuletzt in Kooperation mit der Thüringer Staatskanzlei im Rahmen von Aktionsplänen.

Erwähnenswert ist, dass die landesweiten Hörfunkvollprogrammveranstalterinnen gegenüber der TLM – sieht man von pandemiebedingten Problemlagen ab – im Rahmen ihrer jeweiligen Verlängerungsanträge bestätigen, dass sie auch ohne Veränderung des Status quo in der Lage sind, den nächsten Zulassungszeitraum ökonomisch erfolgreich zu bestreiten. Dies ist auch Grundlage und abdingbare Voraussetzung der Versammlungsentscheidung für eine Zulassung oder Verlängerung.

3. Kooperationsbestrebungen im landesweiten Hörfunk in den vergangenen Jahren

Die beiden Anbietergruppen der beiden landesweiten Hörfunkvollprogramme haben seit 2013 wiederholt gegenüber der TLM kommuniziert, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere der wirtschaftliche Druck aufgrund anderer Audioangebote, die Anbieterinnen dazu drängen, stärker miteinander zu kooperieren.

Daher hat sich die Versammlung in den letzten Jahren vertieft mit den Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit befasst, unter anderem durch eine wissenschaftliche Untersuchung zur Situation des Medienstandorts Thüringen.

Die bisherige Gesetzeslage erlaubt mit Blick auf die bestehende Vielfaltslage im Freistaat eine Zusammenarbeit jedoch nur in sehr engen Grenzen, weswegen insbesondere Fusionsüberlegungen bisher aussichtslos waren.

Auch eine nachgelagerte von den Anbietern geplante weitreichende Zusammenarbeit, die sich gesetzeswidrig auch auf programmliche und redaktionelle Felder ausgewirkt hätte, musste auf der Basis der aktuellen Rechtslage abgelehnt werden.

Vor dem Hintergrund der von den Veranstalterinnen vorgetragenen ökonomischen Bedrängnisse hat die Versammlung im letzten Jahr die Landespolitik daher darauf hingewiesen, dass entsprechende Kooperationen zunächst einer Liberalisierung des Landesmediengesetzes bedürfen.

4. Gefährdung der Meinungsvielfalt durch Kooperationen

Unabhängigkeit eines Unternehmens basiert vornehmlich darauf, selbstbestimmt und unabhängig über die eigene Finanzierung zu bestimmen. Kann ein

Rundfunkveranstalter direkten wirtschaftlichen Einfluss auf einen anderen Rundfunkveranstalter ausüben, ist dessen Unabhängigkeit gefährdet. Insoweit haben wirtschaftliche Prozesse direkten Einfluss auf redaktionelle Entscheidungen.

Mit Blick auf die Auswirkungen wirtschaftlicher Dominanz auf redaktionelle Entscheidungen wird angemerkt, dass auch die in der Gesetzesbegründung genannten und bei der Gesetzesauslegung durchaus relevanten Beispiele für zulässige Kooperationen ggf. ein Gefährdungspotential für die redaktionelle Unabhängigkeit der beteiligten Veranstalterinnen haben.

Beispielhaft sei die Vielfaltsgefährdung durch abgestimmte Vermarktung bisheriger Konkurrenten genannt: Der natürliche Wunsch eines wirtschaftlich tätigen Rundfunkunternehmens, das eigene Programm möglichst gewinnbringend zu vermarkten, kann zu programmlichen Entscheidungen führen, zum Beispiel zur Änderung der Musikauswahl. Im Hörfunk bedeutet das eine Änderung der Zielgruppe.

Derzeit sind in Thüringen zwei Hörfunkvollprogramme für ganz Thüringen zugelassen, deren Zielgruppen sich weitestgehend überschneiden. Für diese Zielgruppen, die Hörerinnen und Hörer, besteht also die theoretische Möglichkeit, Meinungen aus zwei verschiedenen Quellen zu erhalten.

Führt eine vermarktungsgetriebene Änderung der Zielgruppe eines der beiden Unternehmen jedoch dazu, das von den beiden Unternehmen künftig zwei deutlich unterschiedliche Zielgruppen bedient werden, hat die jeweilige Zielgruppe keine Wahlmöglichkeit mehr. Für jede Zielgruppe wird nur noch ein Programm angeboten.

Selbst wenn keine Zielgruppenneuausrichtung erfolgt, ist bei der Zusammenarbeit zweier Unternehmen, die ähnliche Zielgruppen adressieren, zumindest eine Formatanpassung zu erwarten.

Höchstwahrscheinlich schwächt eine abgestimmte Vermarktung den wirtschaftlich schwächeren Partner.

5. Aktueller Gesetzesentwurf und Vollzugsprobleme

Der aktuelle Gesetzesentwurf greift die derzeitigen geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insbesondere für den landesweiten Hörfunk auf und soll laut Begründung der wirtschaftlich stabilen Weiterentwicklung der Medienlandschaft in Thüringen dienen.

Diese Weiterentwicklungsmöglichkeit wird auf eine verstärkte Kooperationsmöglichkeit der Veranstalterinnen gestützt. Eine Fusion scheint nicht gewollt, wäre vor dem Hintergrund der mit dem Gesetzesentwurf verbundenen Vollzugsprobleme aber der klarere Ansatz.

Weiterhin sollte bedacht werden, dass das Gesetz nicht allein auf die aktuelle Lage in Thüringen fokussiert sein darf, sondern langfristige Allgemeingültigkeit für sich beanspruchen sollte.

Der aktuelle Gesetzesentwurf erfolgt vor dem verfassungsrechtlichen Gebot, Fehlentwicklungen im Rundfunk bereits frühzeitig, also eigentlich bei Zulassungserteilung, entgegenzuwirken.

Er kann aber zu einer Zentralisierung der landesweiten privaten Hörfunkmedien in Thüringen führen. Sollte sich eine solche Struktur manifestieren, kann dies erhebliche nachteilige Folgen für den Meinungsmarkt in Thüringen haben, die eigentlich bereits bei Zulassungserteilung unterbunden werden sollten.

Die in der Gesetzesbegründung aufgeführte Kooperationsmöglichkeit bei der Programmvermarktung, also letztlich der Werbezeitenbuchung, wird kritisch gesehen. Insoweit wird auf die obigen Ausführungen zum Einfluss wirtschaftlicher Entscheidungen auf das Programm verwiesen.

Es soll eine stärkere Zusammenarbeit ermöglicht werden, jedoch nicht in redaktionellen Bereichen und nicht als Fusion.

Mit dem Gesetz wird Rundfunkveranstaltern künftig ermöglicht, zu kooperieren (§ 10 Abs.1 Satz 3 NEU). Dabei wird geregelt, dass eine „redaktionelle Zusammenarbeit“ untersagt bleibt.

Die Kontrolle der Umsetzung wird der TLM überantwortet, doch muss bereits jetzt angemerkt werden, dass trotz der ausführlichen Gesetzesbegründung, die eine Auslegung des unbestimmten Rechtsbegriffs „redaktionell“ erleichtern soll, Abgrenzungsprobleme in der Praxis vorprogrammiert sind.

Wie schwer die Zuordnung der einzelnen Tätigkeitsfelder ist, zeigt bereits die Gesetzesbegründung. Unklar bleibt bisher auch, wie die Zulässigkeit geplanter Zusammenarbeitsfelder nachgewiesen und überprüft werden kann.

Mit der neu eingeführten Möglichkeit von Kooperationen nach Zulassungserteilung wird sich das Handeln der TLM auf eine verstärkte Aufsicht nach Zulassungserteilung verschieben müssen, um Fehlentwicklungen zu begegnen.

Künftig werden entsprechend die Nebenbestimmungen, also die Nachkontrolle, verstärkt in den Fokus rücken. Wie diese Aufsicht konkret ausgestaltet wird, wird sich bei der Anwendung zeigen. Inwiefern eine auch nach neuer Rechtslage rechtswidrige redaktionelle Kooperation der Unternehmen vorliegt, kann vornehmlich wohl nur durch Indizien, Zeugenaussagen, (eidesstattlichen) Versicherungen der Redaktionsleitung, Programmverantwortliche oder der Geschäftsführung etc. herausgefunden werden.

Ergänzend kann hierbei auch auf aktuelle Entwicklungen, zum Beispiel veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder potentielle neue Akteure auf dem landesweiten Hörfunkmarkt, reagiert werden.

6. Fazit

Der Gesetzentwurf greift die Sorgen und Nöte sowie Wünsche der beiden landesweiten Hörfunkveranstalterinnen auf.

Darüber hinaus wird damit eine Liberalisierung des Thüringer Landesmediengesetzes erreicht.

Vor dem Hintergrund der publizistischen Bedeutung dieser Hörfunkangebote wird die geplante Novelle im Rahmen der künftigen Aufsichtstätigkeit ihre Praxistauglichkeit erweisen müssen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?													
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -													
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>IHK Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Arnstädter Straße 34</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	IHK Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 34	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt		
Name	Organisationsform												
Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern	Körperschaft des öffentlichen Rechts												
Geschäfts- oder Dienstadresse	IHK Erfurt												
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Straße 34												
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt												
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)												
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td><input type="checkbox"/> Wohnadresse</td> </tr> <tr> <td colspan="2">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname												
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse												
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)													
Straße, Hausnummer													
Postleitzahl, Ort													

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Gesamtinteressenvertretung unserer Mitgliedsunternehmen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, (hinsichtlich des Gesamtinteresses unserer Mitgliedsunternehmen eingeschränkt) <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Siehe Stellungnahme.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift //
Erfurt, 25.04.2022	



Arbeitsgemeinschaft der Thüringer
Industrie- und Handelskammern

IHK Erfurt | Postfach 90 01 55 | 99104 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
25.04.2022 15:31

10617/2022

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Montag, 25. April 2022

Anhörung zu DS 7/5032
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern bedankt sich für Ihr Schreiben vom 7. April 2022 und die Gelegenheit, sich an der Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zur Drucksache 7/5032 zu beteiligen.

Die vorgelegte Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes berührt unmittelbar zwei Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammer Erfurt. Wir sehen additiv eine mittelbare Betroffenheit unzähliger weiterer Mitgliedsunternehmen in Thüringen durch die Gesetzesänderung.

Die beiden privaten Rundfunkveranstalter Antenne Thüringen und Landeswelle Thüringen leisten mit ihrem Programm und Regionalstudios in allen Landesteilen gemeinsam mit den Hörfunkprogrammen des öffentlich-rechtlichen Mitteldeutschen Rundfunks einen wesentlichen Beitrag zur Medienlandschaft Thüringens. Mit Sendungen aus allen Landesteilen und speziell ihren Studios und Reportern vor Ort fördern sie die regionale Identität und erhöhen die Attraktivität des Sendegebiets. Die privaten Rundfunkanbieter bieten darüber hinaus regionalen Unternehmen Werbeflächen zur Kommunikation mit den Kunden sowie Medienpartnerschaften zum Beispiel im Rahmen von Veranstaltungen. Mit ihrer Berichterstattung sorgen die Medienunternehmen auch für Unternehmensvernetzung sowie für die Verbreitung wirtschaftspolitischer und unternehmerischer Informationen. Diese

Bedeutung ist für viele Unternehmen elementar und führt den für den Wirtschaftsstandort Thüringen wichtigen Punkt der medialen Pluralität fort.

Diese regionale und plurale Medienlandschaft wird jedoch bedroht durch die Fortentwicklung internationaler Informations- und Musikangebote. Anders als die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten können die privaten Rundfunkveranstalter bislang nur unzureichend Synergieeffekte nutzen. Auf diese Weise konkurrieren sie mit multinationalen Großkonzernen, die von zunehmender Digitalisierung und Globalisierung profitieren und weder eine personelle noch materielle Bindungsfunktion im Freistaat innehaben. Insofern ist die Reduzierung von Schranken für die in Thüringen ansässigen privaten Rundfunkveranstalter zu begrüßen, damit diese nicht zwangsläufig aus einem vorgesetzten Wettbewerbsnachteil heraus agieren müssen.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die Veränderung der Vorschriften im Bereich der Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern. Sie ermöglicht den betroffenen Unternehmen eine Erweiterung des bisherigen Instrumentenkastens auf dem Gebiet der Zusammenarbeit untereinander. Das hat insbesondere vor dem Hintergrund eines sich immens schnell wandelnden Audio-Marktes besondere existenzielle Bedeutung für die privaten Rundfunkveranstalter. Eine fortsetzende gesetzliche Festlegung auf nur wenige Felder der Zusammenarbeit gefährdet hingegen die betroffenen Unternehmen, Arbeitsplätze in Thüringen und damit den gesamten Medienstandort Thüringen.

Mit der vorgelegten Änderung wird die unternehmerische Freiheit gestärkt, die Durchführung unternehmerischer Notwendigkeiten erleichtert und die sich absehbar zuspitzende Lage der unmittelbar betroffenen Unternehmen entschärft. Sie ist daher richtig und notwendig, um den privaten Rundfunkveranstaltern mehr Flexibilität und Chancen, zum Beispiel durch die Nutzung von shared services im nicht-redaktionellen Bereich, zu ermöglichen und mediale Audiovielfalt zu sichern.

Neben der unmittelbaren Betroffenheit durch die Gesetzesänderung sehen wir auch eine mittelbare Betroffenheit vieler weiterer Mitgliedsunternehmen in Thüringen. Beispielfhaft sind hier zu erwähnen Gebäudereiniger, Caterer, IT-Dienstleister oder etwa Wachschutz. Negative Entwicklungen sind für einige der Vertragspartner der privaten Rundfunkveranstalter zu erwarten. Durch die Synergieeffekte in den Medienunternehmen werden Vertragspartner Umsatzanteile verlieren. Aus unserer Sicht ist jedoch der Erhalt der pluralen Medienlandschaft in Thüringen in diesem Fall höher zu gewichten.

Im Sinne der Unternehmen in Thüringen hoffen wir, dass Sie an der vorgelegten Änderung festhalten und eine Mehrheit im Thüringer Landtag für dieses Vorhaben zeitnah zustande kommt. Auch in Zukunft stehen wir Ihnen als Ratgeber und Vertreter der Thüringer Wirtschaft bei allen Fragen gern zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer Erfurt
im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Thüringer Industrie- und Handelskammern

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetz		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	Gewerkschaft
	Geschäfts- oder Dienstadresse	ver.di Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Karl-Liebknecht-Straße 30-32
	Postleitzahl, Ort	04107 Leipzig
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	gewerkschaftliche Vertretung von Arbeitnehmer*innen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- ver.di begrüßt die Weiterentwicklung der Regulierung - Einsparung von Kosten und Personal im Sinne von eindimensionalen Ratiostrategien lehnt ver.di ab - publizistische (Medien)Vielfalt muss erhalten bleiben - Forderung eines Redaktionsstatuts um die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit zu erhalten - Auswirkungen auf Beschäftigte muss mit IA/SP begegnet werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeleiddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 25.04.2022	I. A. des ver.di Landesbezirkes SAT

THÜR. LANDTAG POST
26.04.2022 11:53

10687/2022



ver.di • Karl-Liebknecht-Straße 30-32 • 04107 Leipzig

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Thüringen

Landesbezirksleiter

Karl-Liebknecht-Straße 30-32
04107 Leipzig

per E-Mail an:
poststelle@thueringer-landtag.de

Zentrale: 0341 52901-0
Durchwahl: 100
Fax: 500
www.sat.verdi.de

19. April 2022

Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetz

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/5032 -

hier: **Stellungnahme ver.di Landesbezirk SAT**

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages,

im Namen des ver.di Landesbezirks Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (SAT) bedanken wir uns für die Zusendung des oben genannten Gesetzentwurfs und für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Vorbemerkungen

Wir gehen davon aus, dass der Anlass und Hintergrund für die Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (ThürLMG) die geplante Kooperation der Hörfunksender Antenne Thüringen (Sitz Weimar) und LandesWelle Thüringen (Sitz Erfurt) ist. Die beiden Sender sind in Thüringen die einzigen Veranstalter, die ein sogenanntes Vollprogramm mit Nachrichten anbieten. Sie sind auch aufgrund der Hörerzahlen wichtige Säulen für die Medien- und Meinungsvielfalt in Thüringen. Beide privaten Anbieter erreichen jedoch knapp nicht die Höreranzahl von MDR Thüringen, dem größten (öffentlich-rechtlichen) Radiosender in Thüringen. Im Jahre 2021 erreichte lt. Medienanalyse Antenne Thüringen 147.000 Hörer im Durchschnitt pro Stunde, die LandesWelle Thüringen 62.000 und MDR Thüringen 214.000 Hörer pro Stunde.

Grundsätzliche Bewertung

ver.di begrüßt den Ansatz der beteiligten Fraktionen mit dem vorliegenden Entwurf die Regulierung im Bereich Rundfunk weiterzuentwickeln. Wir erachten es ebenso für sinnvoll und zeitgemäß, die Vorschriften des ThürLMG im Sinne der Zusammenarbeit und Kooperation von Rundfunkveranstaltern zu ergänzen.

Im Vordergrund sollten die Chancen auf eine erfolgreiche geschäftliche Entwicklung stehen, die neuer inhaltlicher Konzepte und Ideen im Programm bedarf. Die Einsparung von Kosten und Personal im Sinne von eindimensionalen Rationalisierungsstrategien lehnen wir ab.

Ziel der Änderung muss es sein, auch nach der Gesetzesänderung die publizistische Vielfalt in Thüringen weiter zu erhalten und gleichzeitig die redaktionelle Unabhängigkeit und Qualität der Programme der Rundfunkanbieter zu sichern. Dazu können Vereinbarungen der beteiligten Rundfunkanbieter dienen, die es ermöglichen, ihre wirtschaftliche Basis für den intermediären Wettbewerb zu stärken.

Die geplante Änderung bleibt jedoch nach unserer Auffassung hinter den Möglichkeiten und Erfordernissen einer modernen Regulierung im Medienbereich zurück. Die Änderung stellt eine sehr weitreichende und zu umfassende Liberalisierung dar, die bis auf gesellschaftsrechtliche Änderungen der beteiligten Unternehmen mit Ausnahme der Redaktionen keine Begrenzung erkennen lässt.

Sie ermöglicht ausweislich der in der Begründung genannten Arbeits- und Handlungsfelder de facto eine vollständige Zusammenarbeit und Kooperation in allen denkbaren Bereichen bzw. Arbeitsfeldern bei den kooperierenden Veranstaltern. Die Möglichkeit einzelne sensible Bereiche eines Rundfunkanbieters durch das ThürLMG davon auszunehmen, wird nicht genutzt.

Es ist nur schwer vorstellbar, dass im Falle einer derart umfassenden Kooperation, wie sie in der Begründung zu den einzelnen Bestimmungen, zu Artikel 1 dargestellt ist, die programmliche Identität, Vielfalt und Besonderheit eines Rundfunkveranstalters mittelfristig erhalten bleibt. Dies wiederum kann auch ohne Kooperation im redaktionellen Bereich negative Auswirkungen auf das Hörerinteresse und die Hörerzahlen haben und der gewollten wirtschaftlichen Stabilisierung zuwiderlaufen.

Weitere Änderung im ThürLMG

Für die Umsetzung der geplanten Gesetzesänderung ist nach Auffassung der ver.di eine weitere Konkretisierung in das ThürLMG aufzunehmen.

Es handelt sich nach unserer Auffassung bei der Inanspruchnahme der neuen Regelung um eine „Änderung nach der Zulassung“ gemäß § 14 ThürLMG. Der § 14 sollte daher unter ausdrücklichen Bezug auf die neue Regelung im § 10 Absatz 1 Satz 3 ergänzt werden.

Inhalt der Ergänzung sollte sein, dass eine Kooperation, die über die (bisherige) Regelung der „...Möglichkeit einer nicht programmlichen Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern bei Gebäude- und Veranstaltungsmanagement sowie Technikdienstleistungen...“ hinausgeht, gegenüber der TLM anzeigepflichtig und genehmigungspflichtig ist.

Bestandteil der Anzeige der Veranstalter sollte ein Konzept der geplanten Kooperation und Zusammenarbeit der beteiligten Rundfunkveranstalter sein. In die Bewertung der TLM sollten die Anforderungen an die Unabhängigkeit der Redaktionen einbezogen werden, da dies die zentrale Bedingung für die Meinungs- und Medienvielfalt in Thüringen ist.

Bewertung einzelner Bereiche der nicht-redaktionellen Zusammenarbeit

Folgende Bereiche werden als kritische Bereiche bzw. Arbeitsfelder bewertet. Diese sind für einen Rundfunkanbieter auch unternehmensrechtlich neben dem redaktionellen Bereich besonders wichtig.

- a. Datenschutz und Datensicherheit
- b. Finanzbuchhaltung (lt. Begründung zu Artikel 1: z. B. monatliche Buchhaltung, Rechnungswesen, Lohnbuchhaltung, Jahresabschluss, Controlling, Betriebsprüfung, Versicherungen und Abgaben)
- c. Mediaberatung
- d. Disposition

Bei den Bereichen zu a., b. und c. ist es aus unserer Sicht sehr problematisch, die unternehmensrechtliche Selbstständigkeit und Verantwortlichkeit sowie die redaktionelle Unabhängigkeit im Sinne einer Abgrenzung zwischen den kooperierenden Rundfunkanbietern zu sichern.

Der Bereich zu c. Mediaberatung ist das wesentliche und entscheidende Instrument zur Erzielung von Werbeumsätzen durch die Mediaberater, die den unmittelbaren Kundenkontakt gewährleisten. Hier erscheint es wahrscheinlich, dass es zu Interessenkonflikten bei den Werbekunden bzw. den Werbeumsätzen kommen kann, die für die wirtschaftliche Stabilität und Entwicklung der kooperierenden Rundfunkveranstalter bei einem ähnlichen Programm und einem identischen Verbreitungsgebiet eher kontraproduktiv sind.

Redaktionsstatut

ver.di fordert die Verankerung eines Redaktionsstatuts für jede Redaktion, der an der Kooperation beteiligten Rundfunkanbieter, um die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der Redaktionen im Prozess einer weitgehenden Zusammenarbeit im nichtredaktionellen Bereich abzusichern.

Das Redaktionsstatut ist von der jeweiligen Redaktionsversammlung zu bestätigen und von der Geschäftsführung in Kraft zu setzen. Es soll die Rechte der Redakteurinnen, Moderatorinnen und redaktionellen Mitarbeiterinnen gegenüber Programmdirektion und Geschäftsführung regeln und damit die Qualität des Programms langfristig sichern. Dazu gehört auch die Absicherung der redaktionellen Unabhängigkeit z. B. im Verhältnis zu Werbekunden und der Meinungsvielfalt im Programm.

Auswirkungen auf die Beschäftigten

Kritisch gesehen wird, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit die möglichen umfassenden oder auch einzelnen Änderungen in der betrieblichen Struktur der an der Kooperation beteiligten Rundfunkunternehmen gravierende Auswirkungen auf die Beschäftigten haben werden bzw. haben können.

Ziel der geplanten weitgehenden Kooperation zwischen rundfunkveranstaltenden privaten Unternehmen soll offensichtlich die Erzielung von Synergieeffekten sein.

Diese beziehen sich in der Praxis auf die Einsparung bzw. Senkung von Kosten, die wiederum im Bereich der Betriebskosten und der Personalkosten nur im nicht-redaktionellen Bereich generiert werden sollen.

Diese gravierenden Änderungen werden mit hoher Wahrscheinlichkeit Betriebsänderungen im Sinne des § 111 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) darstellen. Dies erfordert aus unserer Sicht zum Schutz bzw. zum Ausgleich vor den Auswirkungen und Nachteilen der Kooperation einen Interessenausgleich über die Betriebsänderung und einen Sozialplan gemäß § 112 BetrVG.

Eine entsprechende Position der drei Fraktionen sollte zumindest in die Begründung der Gesetzesänderung und in die Anforderungen für die aus unserer Sicht notwendige Genehmigung durch die TLM aufgenommen werden (Siehe Ziffer 3).

Fazit

ver.di geht davon aus, dass es von den Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht beabsichtigt ist, auch ungewollte, Nachteile für Beschäftigte in den an der Kooperation und Zusammenarbeit beteiligten Rundfunkunternehmen entstehen zu lassen. Daher fordert ver.di die Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf, die Anregungen in der Stellungnahme der ver.di zu berücksichtigen, die Positionen und Anregungen in die weitere Erarbeitung des Gesetzesentwurfs einfließen zu lassen und den vorgelegten Entwurf Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes entsprechend zu ergänzen. Wir würden uns freuen, an der weiteren Diskussion beteiligt zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

Landesbezirksleiter

Landesbezirksfachbereichsleiterin
Finanzdienste, Kommunikation
und Technologie, Kultur, Ver-
und Entsorgung

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>VAUNET - Verband Privater Medien vertreten durch</td> <td>Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Stromstr. 1</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>10555 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VAUNET - Verband Privater Medien vertreten durch	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Stromstr. 1	Postleitzahl, Ort	10555 Berlin
	Name	Organisationsform									
	VAUNET - Verband Privater Medien vertreten durch	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Stromstr. 1									
Postleitzahl, Ort	10555 Berlin										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung für rund 160 Unternehmen des privaten Rundfunks	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Der VAUNET begrüßt das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (ThürLMÄndG). Der Regelungsvorschlag stellt einen wichtigen Baustein zur nachhaltigen Sicherung der Medien- und Anbietervielfalt in Thüringen dar.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Berlin, 25.04.2022	

POSITIONSPAPIER



THÜR. LANDTAG POST
26.04.2022 06:56

10632/2022

Anhörung zum Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen, 09.03.2022, Drs. 7/5032) im Ausschuss für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages

Datum 25. April 2022

2022_04_12_VAUNET_Positionspapier_ThürLMG_Erstes_ÄndG_2022_03_09_f.docx

A. Vorbemerkung

Der VAUNET – Verband Privater Medien e. V. bedankt sich für die Gelegenheit, zum Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis90/Die Grünen für das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (ThürLMÄndG) im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien des Thüringer Landtages Stellung nehmen zu dürfen. Der VAUNET vertritt die Interessen von rund 160 Unternehmen, zu deren vielfältigen Geschäftsfeldern TV-, Radio-, Web- und Streaming-Angebote gehören. Zwei VAUNET-Mitglieder haben ihren Unternehmenssitz in Thüringen und sind dort als Medienanbieter publizistisch tätig. Sie sind unmittelbar von der vorgesehenen Änderung des Landesmediengesetzes betroffen.

B. Anmerkungen zum Regelungsinhalt

Die von den Thüringer Regierungsfractionen vorgeschlagene Änderung des § 10 Abs. 1 S. 3 ThürLMG-E „Abweichend von Satz 1 ist die nicht-redaktionelle Zusammenarbeit von Rundfunkveranstaltern zulässig.“ (§ 10 Abs. 1 S. 3 ThürLMÄndG) begrüßt der VAUNET außerordentlich. Der Regelungsvorschlag stellt einen wichtigen Baustein zur nachhaltigen Sicherung der Medien- und Anbietervielfalt in Thüringen dar.

Die privaten Medienunternehmen haben in der Covid-19-Pandemie als auch derzeit im Ukraine-Krieg einmal mehr unter Beweis gestellt, welche immense Bedeutung sie als systemrelevante Institutionen für die Erzeugung von Öffentlichkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besitzen. Insbesondere mit ihren Informations- und Nachrichtenangeboten wird eine umfassende, faktenbasierte Berichterstattung über die aktuellen Entwicklungen gewährleistet. Aber auch jenseits der derzeitigen Krisen sind die privaten Radio-, TV und Onlinemedien ein wesentliches Element, um den Bürger:innen Orientierung in Alltag und Gesellschaft zu geben. Zum Beispiel hat der Radiosender LandesWelle Thüringen während des Corona-Lockdowns mit der Aktion „Zusammen sind wir Thüringen“ Hörer:innen

zusammengebracht, die sich gegenseitig Hilfe angeboten haben (Einkäufe erledigen, Hausaufgabenhilfe, etc.). Der Radiosender ANTENNE THÜRINGEN hat nun aus aktuellem Anlass die Spendenaktion „Wir Thüringer helfen – der Ukraine“ gestartet.

Die privaten Medienanbieter können ihrer demokratiefördernden Rolle aber nur nachkommen, wenn ihr Geschäftsbetrieb und ihre erforderlichen Refinanzierungsgrundlagen gewährleistet werden. Insbesondere für lokal-regionale Medien, deren Refinanzierung fast ausschließlich über den regionalen (Werbe-)Markt erfolgt, stellen die stetig steigenden Kosten als auch der sich verschärfende Wettbewerb eine fortwährende Herausforderung dar. Die Wettbewerbsintensivierung trifft wiederum auf einen Werbemarkt, der durch die Covid-19-Pandemie erheblich in Mitleidenschaft gezogen ist. Auch ist zu befürchten, dass der Ukraine-Krieg auf die Gesamtwirtschaft und somit auch auf die Werbebranche langanhaltende negative Auswirkungen haben könnte. Lokale und regionale Sender stehen vor den Herausforderungen, sich sowohl dem Wettbewerb mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als auch neuen Playern zu stellen. Die Konkurrenz in Form von Radio-Aggregatoren, Music Services sowie sprachgesteuerten Plattformen nimmt zu, so dass auch der Wettbewerb in der Audio- und Audiowerbemarkung steigen wird. Gleichzeitig artikuliert die Politik die Erwartung an die privaten Sender, neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ins digital-terrestrische Radio zu investieren. Auch hierfür müssen jedoch die finanziellen Rahmenbedingungen vorab geklärt sein.

Eine Möglichkeit, die Finanzierung zu stabilisieren, ist die Schaffung von betriebswirtschaftlichen Synergieeffekten im Wege von Zusammenschlüssen und Kooperationen verschiedener privater Medienunternehmen. Dass die Landesgesetzgeber nicht-redaktionelle Kooperationen als ein wirksames Instrument zur Kostensenkung und Finanzstabilisierung ansehen, zeigt der seit März 2016 von allen Ländern mit den Rundfunkanstalten geführte Dialog zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die im Ergebnis der Gespräche von ARD, ZDF und Deutschlandradio Ende 2017 vorgelegten Optimierungsvorschläge enthalten zahlreiche Kooperationsmaßnahmen im nicht-redaktionellen Bereich (z. B. IT-Infrastruktur, Einkaufskooperation, Kooperation bei den GEMA/GVL-Meldungen). Zur Sicherung der Angebots- und Anbietervielfalt sollten daher auch in Thüringen bei den privaten Medien nicht-redaktionelle Kooperationen zugelassen werden, weshalb der VAUNET den Gesetzesvorschlag nach jahrelangen Diskussionen in Thüringen ausdrücklich unterstützt.

Durch den Gesetzesvorschlag soll künftig auch die Vermarktung privater Medienangebote gestärkt werden, um sich optimal auf dem wettbewerbsintensiven Thüringer Rundfunkwerbemarkt positionieren zu können. Durch neue Verbreitungstechnologien, wie DAB+, stieg in Thüringen die Zahl der zu refinanzierenden privaten Rundfunkangebote. Zudem sehen sich

private Rundfunkanbieter einem zunehmenden Wettbewerb seitens der globalen Tech-Plattformen und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgesetzt.

Der beitragsfinanzierte Radiosender MDR THÜRINGEN kann bereits heute über die Werbekombis der MDR Media von den Nutzer:innenzahlen weiterer MDR-Programme profitieren. Zudem wurde 2021 im MDR-Staatsvertrag konkretisiert, dass das reichweitenstarke Programm MDR THÜRINGEN ein werbeführendes Angebot sein kann (§ 10 Abs. 3 MDR-StV n. F. „Der MDR kann in seinen Hörfunklandesprogrammen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 und in einem weiteren Programm werben.“). Die bis dahin geltende Fassung des MDR-Staatsvertrages sah nicht zwingend vor, dass MDR THÜRINGEN zu den werbeführenden MDR-Programmen gehören muss (§ 10 Abs. 2 MDR-StV a. F. „Der MDR kann in zwei Hörfunkprogrammen werben.“). Zudem intensivieren derzeit die Werbegesellschaften der Rundfunkanstalten ihre Vermarktung im digitalen Bereich. Die ARD MEDIA GmbH vermarktet aktuell in Kooperation mit Werbegesellschaften der Landesrundfunkanstalten (z. B. WDR mediagroup, rbb MEDIA) Podcasts von Sendungen öffentlich-rechtlicher Radioprogramme auf kommerziellen Drittplattformen. Aus Sicht des VAUNET stellt diese Vermarktung eine Umgehung des Telemedienerwerbsverbots (§ 30 Abs. 5 Nr. 1, Abs. 6 S. 2 MStV) dar. Wenn die Rundfunkanstalten außerhalb des von ihnen jeweils eingerichteten eigenen Portals ihre Telemedien im Internet verbreiten, dürfen sie bei der Nutzung dieses Verbreitungswegs keine Einnahmen durch Werbung und Sponsoring erzielen (§ 30 Abs. 6 S. 1, 2 MStV). Dieses Verbot kann und darf nach Auffassung des VAUNET auch nicht durch die Zwischenschaltung von kommerziellen Tochtergesellschaften umgangen werden.

Die positiven Effekte für die Vermarktung privater Medienangebote, die durch das Erste Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes entstehen könnten, dürfen nicht verpuffen, indem der Gesetzgeber und die Rechtsaufsicht einen Ausbau der Werbevermarktung beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk zulassen.

Es ist zu begrüßen, dass in der Gesetzesbegründung (Ausführungen zu Artikel 1 des Gesetzesentwurfes) die Bereiche für mögliche nicht-redaktionelle Kooperationen bereits ausführlich beispielhaft (also nicht abschließend) formuliert sind.

Nicht vollends erschließt sich, warum es gemäß Satz 4 der Begründung zu Artikel 1 bei nicht-redaktionellen Kooperationen einer Unbedenklichkeitsbestätigung bedarf („Eine dieser Norm entsprechende Zusammenarbeit bedarf der Unbedenklichkeitsbestätigung durch die Landesmedienanstalt (§ 14 Abs. 2 und 3 ThürLMG).“). Nach § 10 Abs. 1 S. 3 ThürLMG-Es sollen nicht-redaktionelle Kooperationen von den Prüfungen nach § 10 Abs. 1 S. 1 ThürLMG unberührt bleiben.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5032 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>FUNK Thüringen Verlag GmbH Geschäftsführung Gottstedter Landstraße 6 99092 Erfurt</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>FUNK Thüringen Verlag GmbH</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gottstedter Landstr. 6</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99092 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		FUNK Thüringen Verlag GmbH Geschäftsführung Gottstedter Landstraße 6 99092 Erfurt	Geschäfts- oder Dienstadresse	FUNK Thüringen Verlag GmbH	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gottstedter Landstr. 6	Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
Name	Organisationsform										
	FUNK Thüringen Verlag GmbH Geschäftsführung Gottstedter Landstraße 6 99092 Erfurt										
Geschäfts- oder Dienstadresse	FUNK Thüringen Verlag GmbH										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gottstedter Landstr. 6										
Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Geschäftsführer	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Regelung aus 2014 soll weiter in die Zukunft transportiert werden - Ziel ist es den vielfältigen lokalen u. regionalen Hörfunk in Thüringen zu erhalten - Hörfunk und Presse tragen schon großen digitalen Plattformen bewachsenen Konkurrenz im Werbemarkt gegenüber = Finanzierung von Inhalten wird fundamental in Frage gestellt - Hinweis auf Gefahren der Medienvielfalt durch Regelungen der Mediavergütungskontrolle in den Reformen - Chancenregabe gegen seitige Kompetenzen - Übertragung Regelung Beteiligung Rundfunk auf Beteiligung Pressever	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 27.01.2022	

Funktion

Geschäftsführer

FUNKE Thüringen Verlag GmbH, Gottstedter Landstr. 6, 99092 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Europa, Kultur und Medien
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Datum

27. April 2022

Ihr Schreiben vom 07. April 2022

**Thema: Anhörung gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landta-
ges/Stellungnahme**

Beratungsgegenstand: Erstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes

Sehr geehrter Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Entwurf der Landesregierung über die Änderung des Thüringer Landesmediengesetzes (ThürLMG) vom 9. März 2022 Stellung nehmen zu können.

1. Wie der Entwurf bereits eingangs richtig erörtert, erfordern Konvergenzbewegungen und marktliche Entwicklungen einige Flexibilisierung der Rundfunkregulierung. Dies auch und insbesondere mit dem Ziel, den vielfältigen lokalen und regionalen Hörfunk in Thüringen zu erhalten. Insofern begrüßen wir, dass die Neufassung des § 10 Abs. 3 Satz 1 ThürLMG nunmehr die nicht-redaktionelle Zusammenarbeit zwischen Anbietern und deren Mitgliedern gestatten soll.
2. Gleichwohl sprechen wir uns ausdrücklich dafür aus, Stärkungs- und Synergieeffekte weiter zu nutzen, zu eröffnen und die Regelungen aus dem Jahr 2014 noch weiter in die Zukunft zu transportieren.
 - a. Bei der Art der Verbreitung von Rundfunk, aber auch der von uns vertretenen Tageszeitungen sind die Verhältnisse durch den digitalen Wandel weiter fortgeschritten. Durch das Internet überholen sich einige der angestellten Vielfaltserwägungen weiter. Sowohl dem privaten Hörfunk, als auch Presseverlagen stehen außerdem mit großen digitalen Plattformen beherrschende Konkurrenten im Werbemarkt gegenüber. Die Finanzierung von klassischen meinungsbildenden Inhalten wird daher fundamental in Frage gestellt. Gerade jedoch die Wirtschaftlichkeit beider Medienformen hat sie in den vergangenen Jahren in einer international weiter unvergleichlichen Form erhalten können.

- b. Die besonderen Beschränkungen für Zeitungen gemäß § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 und 4 ThürLMG, die eine marktbeherrschende Stellung in einem Sendegebiet haben, fußen auf der irrigen Annahme, dass in den Verbreitungsgebieten, wo nur eine Zeitung lokale bzw. landesweite Nachrichten verbreitet, die Meinungsvielfalt jedenfalls hinsichtlich landesweiter oder lokaler Themen beeinträchtigt sei. Schon aus wirtschaftlichen und publizistischen Erwägungen sind gerade die Zeitungen in Alleinstellung gezwungen, sich als universales Massenmedium, das die Breite des öffentlichen Meinungsspektrums spiegelt, darzustellen. Wissenschaftliche Untersuchungen haben dies mehrfach gezeigt. Darüber hinaus beruht diese Sorge angesichts der Vielzahl lokaler und sublokaler Internetangebote nicht mehr auf der faktischen Entwicklung der Medienlandschaft. Vor diesem Hintergrund wurden auch die Regelungen der Pressefusionskontrolle in den Reformen der vergangenen Jahre weiter gelockert, ohne dass hierdurch Gefahren für die Medienvielfalt entstanden wären.
 - c. Ganz praktisch entgehen jedoch dem Hörfunk wie den Zeitungsverlagen neben wirtschaftlichen Möglichkeiten auch die Chance, gegenseitige Kompetenzen zugunsten noch hochwertigerer Angebote im Land Thüringen auszutauschen. Durch die Lösung von bestimmten Verbreitungsformen hat bereits eine Vermischung der Formate und Tätigkeitsbereiche stattgefunden. Zeitungen produzieren Podcasts, während der Hörfunk digitale Verbreitungswege nutzt, um seine nachrichtlichen und informationellen Inhalte weit über das bisher gesendete Maß zu etablieren.
 - d. Wir sprechen uns daher dafür aus, mit der Novellierung auch die redaktionelle Zusammenarbeit, jedenfalls zwischen Inhabern von Rundfunklizenzen und Tageszeitungen, zu ermöglichen.
3. Auch die Regelungen zu Beteiligungen an Rundfunkanbietern gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 ThürLMG sollten vor allem im Hinblick auf die Beteiligungen durch Presseverlage aus vergleichbaren Gründen überarbeitet werden.
- a. Wie dargestellt gehen von einer formalen Vorrangstellung eines Zeitungsunternehmens nicht diejenigen Gefahren aus, die dem Regelungsgeber vorschwebten. Praktisch ist die in § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ThürLMG vorgesehene Beherrschungsschwelle von 15 Prozent kaum anzutreffen, da derartige Beteiligung ohnehin wirtschaftlich wenig sinnvoll sind. Die Regelung steuert somit nicht, sondern unterbindet wirtschaftlich sinnvolle Zusammenarbeit. Abgesehen davon sind derartige Verhinderungen unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten fragwürdig.
 - b. Die Schwelle des § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 ThürLMG sollte daher erhöht werden, jedenfalls bis zur Grenze der Verbundenheit im Sinne der §§ 15 ff. AktG. Darüber hinaus sollte das pauschale Verbot der Beteiligung von marktbeherrschenden Tageszeitungsverlagen gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 ThürLMG überdacht und dementsprechend gelockert werden.

Mit freundlichen Grüßen

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)